

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich  
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Große Fleischergasse Nr. 14, I.  
Telephonruf 5044.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 15 Pfg.,  
von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum be-  
rechnet. Diefelben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten  
der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher ge-  
leistete Bezahlung angenommen.

Nr. 10.

Sonnabend, den 10. März 1906.

10. Jahrgang.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

- Baunzen.** Bei der Firma Moritz u. Max Zenker erhielten sämtliche Pflastersteinhauer ihre Kündigung.
- Vindensfels, Bedenkirchen, Elmshausen und Benschheim.** Die Aussperrung der 192 Verbandsmitglieder bei der Firma Kreuzer u. Böhlinger dauert fort.
- Gohmannsdorf.** Die Firma Main-Sandsteinwerke ist gesperrt.
- Kirchbach-Ebelsbach-Eltmann.** Die Vertrauensleute wurden gemahregelt.
- Kappelrodeck.** Der Streik ist beendet. Es wurde eine Vereinbarung mit den Unternehmern abgeschlossen.
- Madweiler (Unterelsaß).** Sämtliche organisierte Kollegen von Madweiler und Umgebung sind ausgesperrt.
- Karlsruhe.** Die organisierten Marmor-schleifer der Firma A. Gössel wurden entlassen. Plas Kupp und Möller ist gesperrt.
- Rüthen.** Firma Bergenthal gesperrt.
- Löbena bei Halle.** Der Werkführer Georg Bauer hat acht Verbandsmitglieder entlassen. Unter den Entlassenen befindet sich auch der Vertrauensmann. Wahrscheinlich sucht nun Herr Bauer in Niederbayern, so aus Meiten, Egg, Mauerberg usw., neue Arbeitskräfte heranzuziehen. Es ist Pflicht jedes Granitarbeiters, eventuelle Arbeitsangebote zu ignorieren.
- Gelebrücken.** Der Plas der Firma Vetter ist wegen Lohn-differenzen gesperrt.
- Berbersdorf-Rohwein.** Der Steinbruchbesitzer Herze beliebt die Methode, die an der Spitze stehenden Kollegen der Ortsverwaltung zu entlassen. Der Bruch ist gesperrt und eventuelle Arbeitsangebote sind zu ignorieren.
- Ulm.** Arbeitsangebote nach hier sind zurückzuweisen. In Herrlingen bei Ulm sind die Kollegen, nachdem sie wegen der Witterung aussetzen mußten, nicht wieder eingestellt — weil der Lohn zu hoch war. Steinmehren sollen durch Inflation herbeigeflockt werden. Also Vorsicht! Name der Firma: Werk-meyer-Faßler, Baudirektor Wieland.
- Jena.** Bei der Firma Conradus legten sämtliche Kollegen die Arbeit nieder, da die Firma es ablehnte, mit den Verbandsmitgliedern einen Tarifvertrag abzuschließen. Zugang nach all diesen Orten ist streng fernzuhalten.

Da jetzt schon sehr viele Lohnbewegungen im Gange sind, machen wir darauf aufmerksam, daß Streiks nur mit Zustimmung des Zentralverbandes beschlossen werden können. Wird ohne Genehmigung des Zentralverbandes trotzdem ein Streik beschlossen, so wird jede finanzielle Unterstützung strengstens verweigert. Wir verweisen die Verbandsmitglieder deshalb wiederholt darauf, die statutarischen Bestimmungen auch dementsprechend innezuhalten.

## Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

IV.

Zwei verschiedene Parolen schallen uns aus dem neutralen Lager entgegen; die eine heißt: Fort mit aller Politik aus den Gewerkschaften, während die andere nur fordert: Weg mit der Parteipolitik! Die eine Losung ist genau so unsinnig wie die andere.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle des langen und breiten Auseinanderzusetzen, in welcher Weise Politik und Gewerkschaftstätigkeit tausendfältig miteinander verknüpft sind. Nur einiges sei gesagt. Gewerkschaften können nicht gegründet werden und können nicht kämpfen ohne das durch die politische Gesetzgebung ihnen gewährte Recht der Koalition; durch die Beschränkungen dieses Rechts, durch eine reaktionäre Vereinsgesetzgebung, durch Polizeischikanen aller Art, durch die „Recht“spruchung einer Klassenjustiz, die den Groben - Unfug- und Erpressungsparagrafen in den Dienst des Unternehmertums stellt und das Streikpostenstehen verbietet, werden die Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit ununterbrochen behindert. Sie haben also das lebhafteste Interesse daran, daß die Gewerbeordnung in arbeiterfreundlichem Sinne ausgestaltet wird, daß die reaktionären Vereinsgesetze beseitigt werden, daß der Polizeimilitar ein Ende bereitet wird, daß die Justiz den Händen der Berufs- und Bourgeoisrichter entwunden und auf die breite Grundlage einer Rechtsprechung durch wirkliche Volksrichter gestellt wird. Wie aber ist das alles zu erreichen? Ausschließlich durch politische Aktionen, durch Einwirkung auf die Zusammensetzung der Reichs-, Staats- und Kommunalparlamente, durch Beeinflussung und Umgestaltung der Gesetzgebung! Weiter: Der gewerkschaftliche Kampf wird unendlich dadurch erschwert, seine Erfolge werden dadurch immer von neuem in Frage gestellt, daß das Unternehmertum zur Frauen- und Kinderarbeit, in vielen Fällen auch zur Herstellung von Waren in der Heimindustrie übergeht, also zu Methoden der Fabrikation, die dem Vordringen der Gewerkschaften die größten Hindernisse in den Weg stellen. Da ist die Gewerkschaft abermals angewiesen auf die Unterstützung durch die Gesetzgebung, eine Unterstützung, die aber wiederum nur herbeigeführt werden kann eben durch politische Aktionen. Ebenso ist's mit gewissen besonderen Umständen, z. B. sanitärer Natur, die wir in fast allen Berufen finden und zu deren Beseitigung der gewerkschaftliche Kampf allein nicht ausreicht, vielmehr der Unter-

stützung durch die Gesetzgebung, also die politische Aktion, bedarf. Und wollen die Gewerkschaften etwa beträchtliche Verkürzungen der Arbeitszeit, die durchzusetzen ihnen in der Zeit des flotten Geschäftsganges gelungen war, aufrecht erhalten auch in den Tagen der Krise, so wird ihr Bestreben abermals darauf gerichtet sein müssen, durch politische Aktionen die Klinke der Gesetzgebung in die Hand zu bekommen, damit sie die gewerkschaftlichen Er-rungenschaften dauern festlege.

Genug der Beispiele, die sich leicht ver-hundertfachen ließen!

Aber, so wendet man ein, wenn schon Politik getrieben werden muß, warum denn Parteipolitik? Laßt uns doch eine von allen Parteien unabhängige Arbeiterpolitik treiben! Nun, was dazu grundsätzlich zu sagen ist, haben wir schon im vorigen Artikel ausgeführt. Es ergab sich, daß alle Politik Klassenpolitik ist, daß alle Parteien Klassenparteien sind und daß es deshalb ein Unding ist, etwa von der konservativen oder nationalliberalen Partei zu erwarten, daß sie Arbeiterpolitik treibt, genau so wie es ein Unding wäre, von der Sozialdemokratie die Vertretung agrarischer oder kapitalistischer Politik zu erwarten. Politik ohne politische Parteien und wirkliche Arbeiterpolitik außerhalb der Sozialdemokratie gibt es nicht. Und bestätigt denn nicht auch die Praxis der Tagespolitik die Richtig-keit dieser grundsätzlichen Auffassung ununterbrochen? Sehen wir zu! Wie schlapp und zweideutig war die Hal-tung aller großen bürgerlichen Parteien gegenüber der Zucht-hausvorlage, die die Gewerkschaftsbewegung ver-nichteten wollte! Und nachdem es dann der energischen, von der Sozialdemokratie geleiteten Protestbewegung der Ar-beiter endlich gelungen war, das Scheusal in die Wolfs-schlucht zu werfen: wie verhielten sich dann die bürger-lichen Parteien? Die sozialdemokratische Reichstagsfrak-tion hatte in der richtigen Erkenntnis, daß die beste Ab-wehr der Uebergang zum Angriff sei, als Antwort auf die Zucht-hausvorlage einen Gesetzentwurf eingebracht, der das heute vielfach nur auf dem Papier stehende Koalitionsrecht in die Tat umsetzen, von allen Fesseln politischer und ver-einsgesetzlicher Beschränkungen befreien, den Beitritt zur Organisation auch gegen den Unternehmerterrorismus sicherstellen sollte! Und alle bürgerlichen Par-teien ohne jede Ausnahme haben diesen Geset-entwurf der sozialdemokratischen Fraktion rundweg ab-gelehnt, hielten ihn überhaupt keiner ernsthaften Dis-kussion für wert, hoben ihn mit kurzen Fraktions-erklärungen verächtlich beiseite! Weiter! Wer hat die Pro-testbewegung organisiert gegen den bekannten Anti-Gewerk-schaftserlaß des Grafen Posadowsky vom Winter 1898, gegen die schamlose, wider die Gewerkschaften gerichtete 12 000 Mark-Bettelei des Reichsamts des Innern? Die Sozialdemokratie! Wo sind bei allen solchen Gelegenheiten die bürgerlichen Parteien mehr oder minder sichtbar zu finden gewesen? Auf der Seite der Ausbeuter und der ihnen dienstbaren Regierung! Wie haben sich die bürger-lichen Parteien verhalten gegenüber dem Koalitionsrecht der Landarbeiter? Jeden Versuch der Sozialdemokratie, diese Parias unter den Proletariern den Industriearbeitern rechtlich gleichzusetzen, sie ebenfalls der Gewerbeordnung zu unterstellen, haben die bürgerlichen Parteien zu hinter-treiben gewußt, ja, viele von ihnen waren — bei der preu-ßischen Kontraktbruchsvorlage von 1904 — sogar dafür zu haben, die Rechtlosigkeit der Landproletarier noch weiter zu verschärfen, sie völlig zu Sklaven des Junkertums zu machen! Und wie stellen sich die bürgerlichen Parteien — an ihrer Spitze das „gewerkschaftsfreundliche“ Zen-trum — zum Koalitionsrecht der Arbeiter in Staats-betrieben, besonders zum Koalitionsrecht der Eisenbahner? Sie denken nicht daran, das auch diesen Arbeitern gesetzlich zustehende Koalitionsrecht in der Praxis anzuerkennen — allen brutalen Streichen der einzelstaatlichen Bahnverwal-tungen gegen den Hamburger Eisenbahnerverband klatschen sie wütend Beifall! Wir könnten dafür Parlamentsreden der Zentrumsführer Kirch und Schwarze und andere Bei-spiele in Massen herbeibringen! Welche politische Partei tritt bei allen großen gewerkschaftlichen Kämpfen auf der Stelle mit ihrem gesamten Apparat, ihren Geldern, ihren parlamentarischen Machtmitteln sofort rüchhaltslos in den Dienst der Streikenden? Die Sozialdemokratie! So war es beim Hamburger Hafnarbeiterstreik, beim Kampfe in Crimmitschau, beim Miesentreib der Ruhr-bergleute und bei hundert und aberhundert anderen Ge-legenheiten! Und stets waren bei solchen Anlässen, wenn es einmal galt, seine Gewerkschaftsfreundlichkeit durch die Tat zu beweisen, die bürgerlichen Parteien im Lager der Arbeiterfeinde zu finden oder „unterstützen“ die Ar-beiter im höchsten Maße durch laue, zu nichts verpflichtende und (vor allem!) nichts kostende Sympathieerklärungen! Endlich: wie verhalten sich die Angehörigen der bürger-lichen Parteien, wenn sie selbst als Arbeitgeber mit den Gewerkschaften in Berührung kommen? Da be-kämpfen sie das Koalitionsrecht, das sie theoretisch hier und da wenigstens anerkennen, in der Praxis aufs heftigste! Die Kohlenmagnaten in Oberschlesien, die Textil-barone in Coesfeld und Crefeld (alles wackelste Zentrumsleute!) wollen von gewerkschaftlich organisierten Ar-beitern in ihren Betrieben ebensowenig etwas wissen, wie

die Besitzer zahlreicher Zentrumsorgane in Westfalen und im Rheinland, deren Redakteure fort und fort in Artfeln und Notizen die Gewerkschaften umschmeicheln müssen. Selbst „christliche“ Auchgewerkschaftler, Mitglieder ihrer eigenen Partei, werden von diesen Herren im Hause oft genug perhorresziert! In Summa: sobald die Gewerk-schaften ernsthaft die Interessen der Mitglieder vertreten, haben sie die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen sich; nur dann ist man mit ihrer Tätigkeit zufrieden, wenn sie sich mißbrauchen lassen zu Sturmböden gegen die So-zialdemokratie! Daß sich die bürgerlichen Parteien so verhalten, machen wir ihnen keineswegs etwa zum Vor-wurf; es wäre merkwürdig, wenn es anders wäre: sie können als Parteien der Besitzenden eben nicht aus ihrer Haut heraus! Aber die Arbeiter sollten diesen Sachverhalt durchschauen und danach handeln!

Jedoch nicht bloß an politischen Fragen, die die Organi-sationstätigkeit direkt berühren, sind die Gewerkschaften interessiert. Sie haben das lebhafteste Interesse daran, daß auch in der allgemeinen Politik ein proletari-scher, antikapitalistischer, sozialistischer Kurs gesteuert wird! Wie sehr werden z. B. durch den neuen Zollwuchertarif und die Mißhandelsverträge die Interessen gerade auch der Gewerkschaften geschädigt! Die allgemeine Verteuerung aller Lebens- und Gebrauchsmittel, die in kurzer Zeit als Folge der agrarischen Politik über die Arbeiterklasse hereinbrechen wird und deren schwaches Vorbild wir schon in der Fleischnot erlebt haben, macht mit einem Schläge die Errungenschaften unzähliger opfervoller Lohnkämpfe illusorisch! Und die Verringerung der Ar-beitsgelegenheit, die die neue Gestaltung der Exportverhält-nisse mit sich bringen muß, wird Zehntausende arbeitslos machen und damit den gewerkschaftlichen Kampf aufs äußerste erschweren! Ein anderes Beispiel! Führt der wirtschaftliche Gegensatz der kapitalistisch produzierenden Staaten oder die verbrecherische Fribolität der Diplomaten-zunft über kurz oder lang den seit Jahren befürchteten Weltkrieg herbei, so stößt von all dem andern unsäglichen Elend, das dann kommt, einmal ganz abgesehen, Handel und Wandel vollständig, mit jeder Gewerkschaftstätigkeit ist's für lange Zeit vorbei! Nimmt mit der Industriali-sierung Japans und der fortschreitenden wirtschaftlichen Erschließung Chinas das wilde Zagen der Kapitalisten-klassen der verschiedenen Länder um den ergiebigsten Futter-platz, den besten Absatzmarkt, immer tollere Formen an, wird der internationale Konkurrenzkampf immer umfassender, so werden auch die kommenden Wirtschaftskrisen immer verheerender werden und immer schwerer werden die Ge-werkschaften zu kämpfen haben, um mit ihren Er rung-schaften dem Anprall dieser Krisen standhalten zu können!

Wir fagen das alles natürlich ganz und gar nicht etwa, um den Wert und die Bedeutung der Gewerkschaftspolitik herabzusetzen. Niemandem kann das ferner liegen als uns! Wir machen diese Ausführungen vielmehr nur zu dem ein-zigen Zweck, um die Grenzen der bloßen Gewerkschafts-politik aufzuzeigen und um nachzuweisen, daß gerade auch die Gewerkschaftsinteressen, richtig verstanden, schließlich doch hinausweisen über den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung — mögen die Bewegungsgesetze des Gewerkschaftskampfes selbst auch zunächst nichts anderes sein als eben rein kapitalistische Bewegungsgesetze, wie das Gesetz vom Kampf zwischen Angebot und Nachfrage z. z.

Also: verstehen die Gewerkschaften aus ihrer Geschichte, aus den Erfahrungen des Tageskampfes und aus der — Logik heraus ihre Stellung, ihre Aufgaben und ihre Inter-essen richtig, wollen sie nicht hinabsinken auf den borniert-zünftlerischen, ganz und gar beschränkten Standpunkt des englischen Gewerkschaftskretinismus, so haben sie nicht nur Politik, nicht auch nur eine verschwommene „Arbeiter-politik“ zu treiben, sondern schlechtweg sozialdemokratische Politik! Mit sozialdemokratischer Auf-klärungsarbeit über die Zusammenhänge des Wirtschafts-lebens kommen sie auch am besten dem Passus ihrer Sta-tuten nach, der ihnen vorschreibt, unermüdet tätig zu sein für die geistige Hebung ihrer Mitglieder. Und die Hauptsache: durch Erziehung ihrer Mitglieder zu über-zeugten Sozialdemokraten bereiten sie sich besten vor für die großen Kämpfe, die in naher Zukunft ohne Zweifel auch dem deutschen Proletariat bevorstehen werden, und in denen alles ankommen wird auf den treuen Zu-sammenhalt, das geistige Einssein von Partei und Gewerk-schaft.

Wer daran arbeitet, Partei und Gewerkschaft auseinan-derzureißen, begeht — ob nun bewusst oder unbewußt — ein Verbrechen an der Arbeiterklasse!

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die anschwellende Getreideeinfuhr vor dem Inkrafttreten höherer Zölle und die Wirkung auf die Preise. — Eisen- und Kohlenproduktion im Januar, Stein- und Braunkohle. — Diskont.

Mit dem 1. März sind nummehr die höheren deutschen Ein-fuhrzölle in Kraft getreten.

Vor allem der Getreidehandel entfaltete in letzter Zeit eine erstaunliche Rührigkeit, um noch vor Torchluss, das heißt: gegen Zahlung der alten, niedrigeren Zölle, möglichst viel Ware herein-zubringen. Auch wenn auf alle Herkunft in Zukunft nur die deutschen Vertragszölle, nicht hier und da die noch höheren Zoll-sätze des Generaltarifs, Anwendung finden, so ergibt sich doch ein

großer Unterschied in der alten und der neuen Zollbelastung. Es zählen pro Doppelzentner (100 Kilo) der Einfuhr

	nach dem alten Vertragssatz	nach dem neuen Vertragssatz	Eventuell nach dem neuen Generaltarif
Roggen	3.50 Mk.	5.— Mk.	7.— Mk.
Weizen	3.50 "	5.50 "	7.50 "
Hafer	2.80 "	4.— "	7.— "
Malzgerste	2.— "	4.— "	7.— "
Mais	1.60 "	3.— "	5.— "
Mehl	7.80 "	10.20 "	18.75 "

Die letzterwähnten Höchstsätze kommen nunmehr allerdings für den Handel praktisch nicht mehr in Frage. Aber wochen- und monatelang schien es, als ob den Vereinigten Staaten von Amerika die maßigeren Vertragsätze, wie sie durch die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn, Rußland und den Balkanländern abermals geschaffen sind, vorenthalten werden sollten, daß also z. B. amerikanischer Weizen mit 3.50 Mk. wie bisher, auch nicht 5.50 Mk. wie in Zukunft die andern Weizenlieferungsstaaten, sondern volle 7.50 Mk. werden zahlen müssen. Erst die letzten Tage haben durch Annahme des deutsch-amerikanischen handelspolitischen Protokolls diese Befürchtung zerstreut, während der Handel bisher um so emfiger sich für alle Möglichkeiten zu bedenken suchte.

Das Ergebnis dieser „Vorversorgung“ ist schon gegenwärtig ein geradezu verblüffendes. Aus allen hier in Frage kommenden deutschen Küstenhäfen, aus allen großen Umschlagplätzen, vor allem am Rhein und an der Elbe kamen gleich und ähnlich lautende Berichte über die Massenankünfte von Getreide, über die Schwierigkeiten, rasch genug und ausreichend die Umladung, Lagerung und den Weitertransport zu erledigen. Die Reichsstatistik gestattet jedoch eine bestimmtere, ziffernmäßige Erfassung der Vorgänge. Seit dem 1. August, mit dem das Erntejahr auf den Markt unmittelbar einzuwirken beginnt, betrug die deutsche Gesamteinfuhr bis zum 15. Februar Doppelzentner:

	im laufenden Jahr	im vorigen Jahr
Roggen	5 144 404	2 325 994
Weizen	17 264 851	11 929 872
Hafer	7 951 212	3 678 846
Gerste	12 430 325	9 694 169
Mais	6 312 711	4 987 771
Weizenmehl	176 029	117 566
Roggenmehl	10 748	8 957

Das sind fast überall ganz enorme Mehrzufuhren. Als Ersatz eines vorangegangenen außergewöhnlichen deutschen Erntedefizits können sie in keiner Weise angesehen werden, denn die deutschen Getreideernten von 1904 und 1905 stehen einander überaus nahe. Die außerordentlich hohe Kartoffelernte von 1905 ist, bei den deutschen Konsumgewohnheiten, sicherlich schon reichlich als Ersatz für sonstige Lücken anzusehen. Die ganze deutsche Minderernte an Weizen belief sich z. B., 1905 mit 1904 verglichen, auf 1 049 460 Doppelzentner — dem steht bereits bis 15. Februar eine Mehreinfuhr von über 5 1/4 Millionen Doppelzentnern Weizen gegenüber. Für die reichliche Versorgung und Auffüllung der deutschen Märkte kommt ferner noch in Betracht, daß gleichzeitig die Getreide- und Mehlausfuhr — die in den Küsten- und Grenzprovinzen, nach Skandinavien, der Schweiz, keine verschwindende Rolle spielt — wesentlich kleiner wie im Vorjahre geblieben ist. Vom 1. August bis 15. Februar stellte sich nämlich die Gesamtausfuhr auf Doppelzentner:

	in diesem Jahre	im vorigen Jahre
von Roggen	909 899	2 633 840
„ Weizen	1 662 638	2 312 218
„ Hafer	813 414	1 415 074
„ Gerste	187 175	805 278
„ Mais	231 625	257 728
„ Weizenmehl	334 717	464 281
„ Roggenmehl	471 080	752 443

Nun aber die Rückwirkung dieser Ueberfülle auf die Preise! Das heimische Erzeugnis ist dieses Jahr, sei es durch den Landwirt selber, sei es durch die ersten Auffäufer, fester zurückgehalten worden, weil man später, wenn die höheren Zollsätze ihre Vollwirkung entfalten, höhere Preise für die Ware zu erzielen hoffte. Dieselben Erwartungen hegen die deutschen Besitzer des rapid anwachsenden ausländischen Getreides. Zunächst verlief auch alles nach Wunsch, die Preise zogen an. An der Berliner Börse notierte die typische Lieferungsqualität Roggen in der ersten Oktoberwoche (pro Tonne = 1000 Kilo) 153.77 Mk., dagegen in der letzten Dezemberwoche 172.99 Mk. — ebenso Weizen 169.51 Mk. und am Jahresschlusse 184.60 Mk. Nimmt man den Dezemberdurchschnitt, so kommt man noch immer auf 170.53 Mk. für Roggen und 183.06 Mk. für Weizen. Dann folgt jedoch der Rückschlag ein. Die „Vorversorgung“ des Handels ist offensichtlich eine überreichliche. Es wird auf Monate hinaus soviel niedriger bezolltes fremdes Getreide, neben den heimischen Vorräten, zur Verfügung stehen, daß die Vollwirkung des neuen Hochzolls zunächst gar nicht zu erwarten ist. Vom Augenblicke dieser Erkenntnis an wird das Verkaufsangebot wieder ein reichlicheres, die Konkurrenz unter den Getreideverkäufern wieder eine schärfere: die Preise flauen seit dem Jahreswechsel sichtbar ab. In Berlin war der Januardurchschnitt für Roggen nur noch 169.29 Mk. (gegen 170.53 Mk. im Durchschnitt des Dezember), für Weizen 182.52 Mk. (gegen 183.06 Mk.). Die letzte veröffentlichte amtliche Statistik bezieht sich auf die Woche vom 2. bis 10. Februar: Hier ist der Roggen bereits auf 164.50 Mk., der Weizen auf 179.67 Mk. angelangt.

Es werden also viele Spekulanten des Brotwunders, seien sie nun Landwirte oder reine Handelskapitalisten, nicht auf ihre Rechnung kommen, und mancher wird wahrscheinlich seine verfehlten Berechnungen mit großen Verlusten bezahlen müssen. Für den Konsum ist das freilich nur ein schwacher Trost. Denn in Berlin wurde seit Jahren ein Jahresdurchschnittspreis von 150 Mk. für Roggen noch niemals erreicht, und Weizen stand nur im Jahresdurchschnitt von 1898 einmal über 180 Mk., und im Durchschnitt von 1904 und 1897 einmal über 170 Mk.; sonst pendelt im letzten Jahrzehnt der Berliner Vorpostenpreis für Weizen etwa um 160 Mk. Dazu kommt für den Konsum der Massen die anhaltende Fleischsteuer, für die nicht die Zölle, sondern die viel einschneidenderen Grenzsperrn ausschlaggebend sind. Wenn auch die Räume der Preistreiber nicht so leicht in den Himmel wachsen, so haben die Arbeiter doch mit einer dauernden Erhöhung des Preisniveaus zu rechnen und danach ihre Maßnahmen als Verkäufer der Ware Arbeitskraft zu treffen.

Die Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zeigen diesmal für die deutsche (und luxemburgische) Roheisenproduktion im Januar einen leisen Rückgang gegen den vorangegangenen Dezember (1 018 461 Tonnen gegen 1 029 084 Tonnen). Ebenso steht der Januarverlauf des Stahlwerksverbandes in Produkten A um 3,69 Proz. hinter dem Dezemberverlauf zurück (459 838 Tonnen im Januar gegen 477 436 Tonnen im Dezember). Daß das jedoch nur in zufälligen Verschiebungen und geschäftlichen Dispositionen beruht, beweisen die fortgesetzt günstigen Stimmungsbilder aus Rheinland-Westfalen. Danach sind die Stahl- und Walzwerke „ungewöhnlich stark“ in Anspruch genommen; es werden Lieferungen von 2 bis 3 Monaten verlangt; eine Anzahl von Werken habe in den letzten Monaten Rekordziffern erreicht; die Ausichten seien fortgesetzt die besten. „Auch im Siegerlande liegen die günstigsten Verhältnisse vor. Die dortigen Hochöfenwerke sind mit allen zur Verfügung stehenden Deisen in voller Tätigkeit und wissen kaum, wie sie allen Ansprüchen der Roheisenverbraucher gerecht werden sollen.“ — Der amerikanische Eisenmarkt ist allerdings

flauer geworden, doch dürfte das zunächst ohne Rückwirkung auf Europa und Deutschland bleiben; wahrscheinlich ist diese Depression auch vorübergehend.

Die deutsche Kohlenproduktion steigt weiter. Im Januar wurden an Steinkohlen gefördert 11 881 344 Tonnen (im Januar 1905 wegen des Streiks nur 7 590 980 Tonnen, aber auch 1904 nur 9 228 065 Tonnen), an Braunkohlen 5 116 227 Tonnen (Januar 1905, trotz der außerordentlichen Anstreichungen zum Ersatz der Steinkohlen, nur 4 462 998 Tonnen). Kennzeichnend für die wachsende Rivalität zwischen dem „schwarzen und braunen Bruder“ ist ein Ufas des Kohlenhandels an die Rheinisch-Westfälische Kohlenhandels-Gesellschaft in Dortmund, wonach letztere keine Braunkohlenbriketts kaufen und vertreiben darf, wenn sie nicht vertragsmäßig werden und von den Kohlenlieferungen des Syndikats ausgeschlossen sein will. Durch die Briketts werden, neben dem Hausbrand, immer mehr Industrien für die Braunkohle zugänglich. In Sauggasanlagen, die früher nur mit bestem Anthracit auszukommen glaubten, gewinnt das Brikett Terrain, ebenso in Generatoren für Glasfabriken und Martinöfen. In Mitteldeutschland sucht man die böhmische Braunkohle stärker durch die deutsche zu ersetzen; die Behörden, wie neuerdings die preußischen Minister des Handels und des Innern, unterstützen dieses Vorgehen.

Bilfsach hatte man eine weitere Ermäßigung des Reichsbankdiskonts erwartet. Die Bankleitung hat jedoch an dem Satz von 5 Prozent (seit dem 18. Januar) festgehalten.

Berlin, Anfang März 1906. Max Schippel.

## Billige Menschenware zu importieren gesucht.

Wie aus folgendem Schreiben hervorgeht, sind die deutschen Bauunternehmer für Heranziehung ausländischer Arbeiter, die natürlich als Lohnbrüder auftreten sollen, frühzeitig bemüht.

Berlin, 29. Januar 1906.

An Herrn N. N. in N. (Italien).

Da uns zahlreiche baugewerbliche Korporationen und Baugewerbetreibende jährlich zum Beginn der Bauzeit um Nachweis italienischer oder anderer fremder Arbeiter, besonders Maurer und Bauhandwerker ersuchen, so haben wir seit einer Reihe von Jahren Adressen von Personen, in der Regel Maurerpolierern, bekannt gegeben, durch deren Vermittelung derartige Leute bezogen werden konnten.

Da Sie, verehrter Herr, früher ebenfalls nebst Berufsangehörigen in Deutschland gearbeitet und zu Zeiten die Heranziehung von Arbeitern übernommen hatten (Soll wohl heißen Streikbrecher. Redaktion), so gestatten wir uns um gefällige kurze Nachricht zu bitten, ob Sie auch für den nächsten Bauzeitpunkt hierzu bereit sind. Wie Ihnen ja bekannt ist, ist in Deutschland öfter Mangel (?) an Bauarbeitern, die häufiger in Orten benötigt werden, in denen Streiks ausgebrochen sind, aber doch auch in solchen Orten, wo keine Arbeitsstellungen bestehen.

Wir gestatten uns deshalb die ergebene Anfrage, ob Sie bereit und in der Lage sind, für die bevorstehende Saison Arbeiter (besonders Maurer und Handarbeiter) nachzuweisen, und ob Sie die Vermittelung für alle Fälle oder nur für solche Orte übernehmen wollen, in denen keine Lohnbewegungen bestehen. Bei der Antworterteilung bitten wir um gefällige Angabe, wieviel Leute Sie von beiden vorbenannten Arbeitergruppen nachzuweisen vermögen.

Einer baldgefälligen Antwort entgegend, zeichnet unter Erstattung verbindlichsten Dankes für die erwachsende Mühe

Hochachtungsvoll

Geschäftsamt des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe.

Berlin SW., Kochstraße 3.

W. König.

Durch die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften, durch das Vorwärtsschreiten der italienischen Organisationen, wird es den deutschen Bauunternehmern nicht allzu leicht gemacht, Streikbrecher nach Belieben anzuwerben. Aus dem Schreiben des Bauarbeiterverbandes geht aber mit Klarheit hervor, wie sie überall bemüht sind, Personen und Adressen ausfindig zu machen, um die nötigen Lohnbrüder aus Italien heranzuziehen.

## Zur Anstellung von besoldeten Gauleitern.

Wenn man jetzt, in der Periode der Wahl der Delegierten zum Verbandstage, unsere Fachzeitung in die Hand nimmt, fallen einem die diesbezüglichen Vorschläge sofort ins Auge. Gewiß, ich für meine Person erachte es aus agiatorischen Gründen für sehr zweckmäßig, wenn besoldete Gauleiter angestellt werden, aber es ist auch nicht abzuleugnen, daß, wenn den Gauen engere Grenzen gezogen und die Agitation dementprechend gehandhabt würde, die Arbeitsverhältnisse dem verschiedenen Material eher angepaßt werden müßte. Im 8. Gau haben wir mit mehreren großen Bruchdistrikten zu rechnen: 1. das Mahener Gebiet, wo nur Basaltlava und Luffstein verarbeitet wird; 2. die Eifel mit den Sandsteinbrüchen und 3. das Ruhrgebiet mit dem harten Sandstein und dem Graublaustein im Sauerlande. Würde nun der 8. Gau geteilt (der jetzt Rheinland und Westfalen umfaßt), so wären die Gebiete immerhin noch groß genug. Andererseits muß mit den örtlichen Verhältnissen gerechnet werden, besonders in den Ruhrgebieten, wo nur einheimische, ansässige Kollegen, andererseits Ausländer arbeiten. Dort ist die Agitation sehr schwer, besonders für einen, der dort fremd ist. Würde nun der Vorort vom 8. Gau von Düsseldorf nach Köln verlegt, so wäre es für das Mahener Gebiet und für die Eifel von großem Werte, aber unserm Ruhrgebiete und dem Sauerlande würde Abbruch getan und es wäre gut, wenn Dortmund oder Essen als Vorort für einen neu zu gründenden Gau bestimmt würde. Gleichzeitig könnte dann von diesem Gau auch das berühmte Münsterland, oder wie Genosse Sacke im Reichstage sagte, das Finsterland mitbearbeitet werden. Hoffentlich treten die Delegierten dem Vorschlag, für Westfalen einen neuen Gau zu bilden, näher. Wegen Mangel an Platz will ich diesen Vorschlag nicht weiter besprechen, denn ich glaube sicherlich, daß denselben der Zentralvorstand auch Rechnung trägt wird.

Dortmund.

S.

## Nur Anstellung von Gauleitern.

Man ist mit der Frage über Anstellung von Gauleitern schon ziemlich weit gegangen. Ob es gut ist, dem Verbandstage so vorzugreifen, bezweifle ich (?). Ob und wie viel Gauleiter angestellt werden, diese Frage lasse ich offen. Ich möchte die Frage aufwerfen, ob man nicht das Nichtigste trifft, wenn nicht nur da Gauleiter eingesetzt werden, wo die Organisation noch sehr jung ist, oder ob man auch Gauen, die schon lange organisiert sind, mit besoldeten Gauleitern in Erwägung zieht. In Schlesien und Sachsen ist man leicht über diesen Punkt hinweggegangen, was darin seinen Grund haben wird, weil die Zentralleitung in deren Nähe ihren Sitz hat und mehr und schneller eingreifen kann. Anders liegt die Sache in Nordwestdeutschland, und hier kommt der 6. Gau Bremen mit dem angrenzenden Westfalen und seinen großen Bruchgebieten in erster Linie in Frage.

Es ist weiter zu nennen der Teutoburger Wald, der Deister mit seinen vielen Brüchen, Mehle, Osterwald, Hameln, Springe, das Oberkirchner Sandsteingebiet, Osterholz, Stadthagen, Kinteln, Nienburg an der Weser, die Harzgegend, wo Granit und Sandstein einander abwechseln, mit Langesheim usw. Was hier

nach an Agitation zu leisten ist, kann der Kollege sagen, der dort Bescheid weiß und es aus eigener Erfahrung kennen gelernt hat.

Sollte man vielleicht der Meinung sein, in den von mir angeführten Bruchdistrikten hätte ein besoldeter Gauleiter nicht genug Arbeit, so kann ja der Gau dementprechend erweitert werden. Auch wäre das Eichsfeld dem 6. Gau anzugliedern, weil dasselbe mit dem 6. Gau nahe verknüpft ist. Ebenfalls wäre der 7. Gau mit wenigen Zahlstellen dem 6. Gau zuzuteilen, wo auch noch Orte sind, die nicht vorwärts kommen, obwohl es dort an Kräften nicht mangelt.

Schreiber dieser Zeilen ist der festen Ueberzeugung, daß in Nordwestdeutschland sich die Kosten für die Anstellung eines besoldeten Gauleiters gut lohnen würden.

Zur Tariffage muß ich auch einiges feststellen, was für die Organisation zum Nutzen sein könnte. In letzter Zeit habe ich manchmal die Erfahrung machen müssen, daß die Kollegen sich einfach kurzer Hand für die Abschaffung des Tarifs aussprechen und auf Einführung des Tagelohns dringen. Ich muß doch feststellen aus eigener Erfahrung, daß, wo Tarife eingeführt sind, das Arbeiten bequemer ist, als wenn Tagelohn bezahlt wird. (???) Ich habe in Bremen, Hamburg, Lübeck usw. geschaffelt und bin mit dem Tarifwesen einigermaßen vertraut, so daß ich zur Abgabe eines Urteils wohl berechtigt bin. Natürlich müssen die abzuschließenden Tarife einheitlich gestaltet sein als es bisher der Fall war. Hier bleibt dem Verbandsrat noch eine große Arbeit zu leisten übrig. Dem Kapitel Tarifwesen wurde leider bisher nicht die nötige Sorgfalt entgegengebracht und so kommt es, daß jede Zahlstelle für sich Forforderungen aufstellt und durchzubringen versucht, weil die Kollegen der Meinung sind, unter allen Umständen einen Vertrag abzuschließen. Ich persönlich plädiere für einen einheitlichen Tarif. Wenn es auch jetzt nicht möglich sein wird, denselben durchzubringen, so muß aber mindestens in den Zahlstellen, wo neue Tarife abgeschlossen werden, der sogenannte Einheitsstarif vorgelegt werden. Ich glaube, bei einem geschilderten Vorgehen werden wir auf diesem Gebiete ganz ansehnliche Resultate erzielen.

Hamburg.

J. St.

## Soll der Odenwälder Steinbruchsbezirk vom Gau abgetrennt werden?

In der Nr. 6 habe ich mich ebenfalls zu der Frage „Anstellung besoldeter Gauleiter“ geäußert. Die Redaktion hat nun einen verfehlten Vorwurf gegen die Frankfurter Gauleitung herausgeholt, der gar nicht vorhanden ist.

Ich habe dort geschrieben in bezug auf die Zuteilung des Odenwaldes zum Gau Frankfurt: Ob letzteres gut wäre, mag dahingestellt bleiben. Nichts lag mir dabei ferner, als der Frankfurter Gauleitung einen Vorwurf zu machen. Ich will hier nur einen Grund anführen, der den Ausdruck rechtfertigt. Für den Gau Frankfurt ist bis jetzt kein besoldeter Gauleiter geplant. Würde nun der ganze Odenwald dem Frankfurter Gau zugewiesen, dann wäre die dortige Gauleitung wieder überlastet. Für den Odenwald selbst käme nur die Sonntagtagagitation in Anwendung, und das, verehrte Redaktion, wäre nicht gut.

Im Odenwald arbeiten noch viele Hunderte von Steinarbeitern, die man an der Arbeitsstelle auffinden muß, wenn man sie gewinnen will, und das kann nur an Wochentagen geschehen. Festgestellt sei noch, daß der Gaukonferenz in Mannheim ein Antrag vorlag, der für den Odenwald einen besoldeten Gauleiter wünschte mit dem Sitz in Bensheim, der jedoch zurückgezogen wurde, weil in Mannheim einer angestellt werden soll.

Es war also keine Eifersucht, sondern kalte Ueberlegung, wenn ich obiges geschrieben habe.

Mag Arnold.

Wenn Kollege Arnold jetzt erklärt, irgendeine Unterstellung gegenüber der Frankfurter Gauleitung lag ihm fern, so konstatieren wir das mit Genugtuung. Wenn A. schreibt, die Frankfurter Gauleitung würde überlastet, wenn ihr der Odenwald zugewiesen würde, so kann man ja darüber geteilter Meinung sein.

Im Leitartikel der Nr. 6 heißt es: „Auch ist die Frage zu ventilieren, ob es nicht zweckmäßig ist, den Teil vom Odenwald, Bensheim-Reichenbach und Lindensfels, dem Frankfurter Gau anzugliedern. Letzteres würde nur in Frage kommen, wenn vom Mannheimer Gau der Vorort verlegt werden sollte.“

Diese Ansicht vertreten wir heute noch. Wenn die Gauleitung von Mannheim verlegt werden sollte, so ist das Gebiet des Odenwaldes von Frankfurt aus am leichtesten zu bearbeiten, denn die Bahnverbindung ist eine äußerst günstige und überdies ist ein Teil des Odenwaldes überhaupt schon dem Frankfurter Gau angegliedert. Aus den Ausführungen des Kollegen Arnold konnte auch der Schluß gezogen werden, die Mitglieder der Gauleitung in Frankfurt seien ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Diese Schlussfolgerung mittels einer kurzen Bemerkung zurückzuweisen, hatten wir wohl Berechtigung.

Redaktion.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Sämtliche Delegierten, welche zum Verbandstage in Nürnberg Quartier wünschen, werden ersucht, dieses umgehend dem Kollegen Fritz Pfänder, Nürnberg, Weißgerbergasse 27, I, mitzuteilen.

## Korrespondenzen.

Breslau I. Am 23. Februar fand im Gewerkschaftshaus eine sehr gut besuchte Versammlung der Steinarbeiter statt. Obwohl es sich in der Hauptsache nur um Interessen der Sandsteinarbeiter handelte, waren auch viele Mitglieder der erst vor kurzem gegründeten Sektion II erschienen. Hauptpunkt der Tagesordnung war die Frage: Kündigen wir den bestehenden Tarif (der noch bis 1. März 1907 Gültigkeit hat) oder nicht? Es wurde in der Debatte darauf hingewiesen, daß der Tarif jetzt schon volle sieben Jahre in Kraft ist und die darin angeführten Löhne, besonders der festgesetzte Stundenlohn, für einen Steinmetz, welcher in der Großstadt lebt, nicht mehr angemessen sind. Die familiären Bauarbeiter werden in kurzer Zeit höhere Löhne haben, oder haben sie zum Teil schon. Die von der Tarifkommission vorge schlagenen Erhöhungen wurden im allgemeinen gut geheißten und nur zu einigen Punkten wurden aus der Versammlung andre Wünsche laut. Vor allem wurden sich die Kollegen darüber einig, daß der bestehende Tarif gekündigt wird und es ist ja dann noch ein volles Jahr Zeit, um unklare Punkte des Tarifs in aller Ruhe zu behandeln und denselben eine Fassung zu geben, welche zweierlei Auslegung unmöglich macht. Unter Verschiedenem beflagte der Vorsitzende die Laune verschiedener Kollegen im Bezahlen der Beiträge. Wenn ein Kollege arbeitslos ist, ruft ja die Beitragspflicht, aber sobald er arbeitet, könne er doch den kleinen Betrag opfern und nicht in Alkohol umfinken. In mehreren Wochen kommt dann selbstverständlich ein größerer Betrag zusammen, welcher sich dann schwerer bezahlen läßt. Auch wurde noch auf den Saalhof hingewiesen und die Anwesenden ermahnt, denselben strikte durchzuführen, damit wir im Bunde mit den übrigen Gewerkschaften dieselben Erfolge erzielen, wie die Görlitzer und Leipziger Arbeiterschaft.

Freiburg (Breisgau). Am 23. Februar fand hier eine außerordentliche Versammlung statt, welche gut besucht war. Der Hauptgrund war: Bericht von den Unterhandlungen mit den Unternehmern entgegenzunehmen, da wir ja bekanntlich den alten Vertrag kündigten. Kollege Droll teilte mit, daß trotz fast vierstündiger Verhandlung kein nennenswerter Erfolg zu verzeichnen

fei. Die Hauptforderung, nur Tagelohn, sei bei den Unternehmern auf schwerem Widerstand gestoßen. Trotzdem fast nur noch ein Unternehmender, Neumann, in Betracht käme, wollen die Meister das Tagelohnsystem nicht einführen. Die Lohnzahlung, Freitag und alle Wochen, könne eher errungen werden. Der 1. Mai sei freigegeben. Ein Passus, welcher eventuelle Zumutung von Streikarbeit verbieten solle, sei ebenfalls noch nicht ganz in Ordnung. Ebenfalls einen Paragraphen, welcher die Schlichtung entziehender Differenzen vorsieht, möchten die Unternehmer geändert wissen. Der Hauptgrund, warum Tagelohn nicht ganz eingeführt werden könne, sei die auswärtige Schmuckkonkurrenz. Daß sie es sind, welche dieselbe selbst betreiben, gaben die Herren Meister bedingt zu, und ein Fall, welcher erwähnt wurde, spricht dafür. Der Vorsitzende der Meistervereingung erklärte, er hätte auf eine Arbeit eingegeben pro Kubikmeter 105 Mark. Jetzt sei dieselbe an andre vergeben worden, und zwar für 95 Mk., einer der Beteiligten wohne sogar den Verhandlungen bei. In der Diskussion wurde der Kommission der Auftrag erteilt, auf der Forderung, nur Tagelohn, unbedingt zu beharren. Eine Protestversammlung, welche sich gegen das Gebaren des hiesigen Stadtrates bei Vergabe der städtischen Arbeiten richtet, soll nächsten stattfinden. Kollege Droll wurde beauftragt, soviel Material wie nur möglich zu sammeln, um mit beweiskräftigen Gründen auftreten zu können. Das Verbandsmitglied Johann Schäfer von Weildorf wurde aus dem Verbande ausgeschlossen, da dem Ausschluß seitens der Zentralkleitung nichts im Wege stand.

**Kaiserslautern.** In der am 21. Februar stattgefundenen öffentlichen Steinarbeiterversammlung beschäftigten sich die hiesigen Kollegen mit der zurzeit abgeschlossenen Lohnratifizierung und der Stellungnahme der pfälzischen Arbeitgeber zu denselben. Nachdem Kollege J. Haid die Vorträge bezugl. die einzelnen Punkte erläuterte, erstattete der 1. Vorsitzende in seiner Eigenschaft als Delegierter von der Konferenz in Neustadt Bericht. Derselbe erklärte, daß von den pfälzischen Arbeitgebern 18, von den freien Gewerkschaften 8, von den Christlichen 5 Delegierte anwesend waren. Nachdem die Bureaufwahl stattgefunden hatte und als Vorsitzender A. Heil (Preisbauernvereinsleitung) gewählt war, erstattete dieser Bericht über die abgeschlossenen Arbeitsverträge im Baugewerbe und betonte, daß der Tarif mit den Steinarbeitern von Kaiserslautern aufgelöst und ein einheitlicher Alltagspreis für die ganze Rheinpfalz festzusetzen sei. (Sehr naiv und zuvorkommend!) Hauptächlich ratißonierte ein gewisser Huberts, der in Firmafens ein Steinbrüchler hat, und bediente sich derselbe des alten bewährten Ausdrucks: „Wenn ihr nicht wollt, so schließe ich einfach zu.“ Dieser Herr kann ruhig seinen Betrieb schließen. In der darauffolgenden Debatte beteiligten sich mehrere Kollegen, u. a. auch ein Christlicher (Lehnhardt), der erklärte, daß es viel günstiger wäre, wenn für die ganze Pfalz ein einheitlicher Tarif existierte. Er kam noch auf verschiedene Äußerungen von den Arbeitgebern in Neustadt zu sprechen. Die Kollegen J. Haid und Kettenbaum kritisierten scharf die Ausführungen des Vorredners und es kam eine Resolution zur Abstimmung, die besagt, daß der Steinarbeiterverband von Kaiserslautern an den festgelegten Tarifen festhält und diese als Grundlage ansieht, bis bei Wiedereinrichtung von Lohnverträgen eine Verbesserung dahingehend eintritt, daß der Tagelohn, wie er zurzeit in Kaiserslautern in einem Betriebe schon existiert, in allen Geschäften eingeführt und niemandem das wilde Alltagslohnrecht einräumt wird. Kollege Conrad richtete sodann noch an die Steinbrüchler einige ernste Worte und ermahnte sie zu regelmäßigeren Versammlungsbesuch, damit man auch für sie besser eintreten könne. Nach kurzer Entgegennahme der Berichte einzelner Geschäfte entwickelte sich auf Anregung der Kollegen Lenz und Macos nun eine lebhaft Diskussions zwischen den anwesenden Christlichen und verschiedenen Kollegen von uns wegen der Haltung der ersteren während des Streiks und der Aufnahme der Streikbrecher in ihre Zahlstelle. Genosse Meage vom Metallarbeiterverband hielt nach dieser Kritik einen Vortrag über: Die moderne Arbeiterbewegung und kritische Streikbrecher. Er beleuchtete in vortrefflichen Worten die Ziele der freien Gewerkschaften, wofür ihm lebhafter Beifall gesollt wurde.

**Kesselsdorf.** In Kesselsdorf hat seit einigen Jahren die Firma Neumann u. Co. einen Sandsteinbruch in Betrieb. Wenn auch in den ersten Jahren manchmal Streitigkeiten vorliefen, so sind die jetzigen Verhältnisse so weit gekommen, daß keine Besserung eintritt, die dortigen Kollegen gezwungen werden, den Staub von den Füßen zu schütteln und die unangefällige Stätte zu verlassen. Es sind schon die ganze Zeit her fortwährend Streitigkeiten im Gange. Der Kolter Bazar, welcher erst vor kurzer Zeit diesen Posten antrat, scheint jetzt auf ein-

mal eine recht eigenartige Auslegung des Tarifs einführen zu wollen. Es kommt vielfach vor, daß Kollegen, welche den Tarif richtig auslegen konnten, eine andre Auffassung vom Tarif erhalten, wenn sie Kolter werden. Beschwert sich ein Steinbrüchler, daß der Preis nicht stimmt, so hat der Kolter Bazar meistens keine Zeit zum Rechnen, und Sonnabends steht der Preis wieder ganz anders da, als einige Tage vorher. Es trug bei einigen Kollegen 5-7 Mk. aus die Woche, was hier fehlte. Beschwerten sich nun die Kollegen über dieses Vorgehen, dann heißt es gleich, wenn's nicht paßt, kann gehen. Ob es Herrn Bazar paßten würde, wenn ihm Sonnabends 7 Mk. an seinem Lohne fehlten, bezweifeln wir stark. Beschwerden beim Unternehmender Neumann wurden meist mit den Worten abgetan: Lassen Sie mich heute in Ruhe, ich bin so nervös. Wir bedauern ja die Nervosität, aber wenn sie auch noch auf den Kolter übergeht, daß er auch manchmal nicht mehr weiß, was er macht, dann ist es die höchste Zeit, sich krank zu melden, um nicht die dort beschäftigten Personen unter diesen Krantheitserscheinungen leiden zu lassen. Da die Verhältnisse sich so zuspitzten, wurde Vubenrecht gemacht und Neumann eingeladen. Er kam nicht. Bei einer Verhandlung mit der Kommission und dem Kollegen Jahrmayr sprach der Unternehmer, die Mißstände abzuschaffen und die Arbeit gerecht zu verteilen. Bei allen Streitigkeiten im Tarif haben sich die Kollegen nur an ihn zu wenden, nicht mehr an den Kolter. Er gab zu, daß die Kollegen in vielen Sachen recht hatten. Nur in die Entlassung des Kolters konnte er nicht willigen. Es wurde auch davon Abstand genommen, da Neumann dem Kolter verbot, sich mit den Kollegen herumzuzanzen. Er habe nur die Arbeit abzunehmen und auszugeben. Diese Vorklage wurden angenommen und die Arbeit, die zwei Tage geruht hatte, wurde wieder aufgenommen. Möge sich der Kolter Bazar dieses zur Lehre nehmen, denn es könnte sonst vorkommen, daß die Kollegen alle Lust verlieren, noch länger in so einem Vertriebe zu schaffen. Und Herr Bazar könnte dann auch in die Lage kommen, den Krüppel wieder zu schwingen. Also vor allen Dingen anständige Behandlung, Bezahlung nach Tarif und Gerechtigkeit jedem Arbeiter gegenüber. Dann werden sich auch, wenn der gute Wille da ist, die Verhältnisse so bessern, daß jeder existieren kann.

**Langelshelm.** Am 25. Februar fand in Kruses Restauration eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Es waren auch die Steinarbeiter von Oberharz, Wildemann und Klausthal anwesend. Als Referent war Gauleiter Maus aus Bremen erschienen. Er hielt ein glänzendes Referat über die Arbeiterbewegung und verstand es, den Kollegen ein klares Bild zu geben über die derzeitige wirtschaftliche Lage. Er zeigte an verschiedenen Beispielen, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. Des weiteren sprach er auch über die Berufsgefahren und legte es den Kollegen ans Herz, mehr Fleiß zur Agitation zu verwenden, da namentlich in der Hartsteinindustrie hier am Oberharz noch sehr schlechte Verhältnisse bestehen. Es wird hier der horrenden Lohn von 23 bis 25 Pfg. pro Stunde verdient. Die Kollegen von Wildemann ließen sich förmlich in den Verband aufnehmen, und zwar 39 an der Zahl. Es wurde sodann zur Wahl des örtlichen Vorstandes geschritten. Als Vorsitzender wurde Kollege Wilhelm Müller, als Kassierer Johann Tetemaldi (?) und als Revisoren die Kollegen Wilhelm Neumann und Karl Siefert, sämtlich aus Wildemann, gewählt.

**Langelnsalza.** In unserer Zahlstelle spukt es gegenwärtig wie in einem Geistesfessel. Vor ungefähr zwei Wochen wurden vier unserer Kollegen auf höchst sonderbare Weise entlassen. Als sich die Allgemeinheit solidarisch erklärte, wurden sie von Herrn Werkführer Bremer vom Platz verwiesen und sogar Gendarmerie herbeigezogen, welche selbstverständlich bei den gut organisierten Steinarbeitern keine Arbeit fand. Als nun der Chef der Firma, Herr Osterwald, auf Grund eines ihm von uns gesandten Telegramms selbst nach hier kam, wurde eine Einigung erreicht. Die entlassenen Kollegen wurden, soweit sie nicht verzichteten, wieder eingestellt und auch ein 4/5stündiges Vubenrecht bezahlt. Die Arbeit ging darauffin ruhig ihren Gang weiter. In einer am 13. Februar abgehaltenen Versammlung waren sich die Kollegen einig, daß unser Lohn von 50 Pfg. unbedingt erhöht werden mußte. Es wurde eine Kommission gewählt, welche in Unterhandlungen treten sollte. Als nun tags darauf einige Mitglieder der Kommission beim Werkmeister vorstellig wurden, erklärte dieser, daß er Herrn Osterwald jeden Tag hier erwartete, und wir mit diesem selbst verhandeln könnten. Wir gebuldigten uns darauffin noch einige Tage und glaubten, unsere Sache ganz friedlich austragen zu können. Es kam jedoch anders! Am Sonnabend nachmittag wurde uns mitgeteilt, daß 40 Mann, wobei die ganze Lohnkommission, entlassen werden, trotzdem erst kurz zuvor ein neuer Bau angefangen wurde. Kurze Zeit dar-

auf kam noch eine Enttäuschung. Wir hatten erwartet, daß der Meister noch kommen würde, aber statt dessen erschienen plötzlich nicht weniger als fünf Gendarmen mit Säbeln, Revolver, zum Teil mit Karabinern bewaffnet. Das Kontor war bald in eine Gendarmerie-Wachstube verwandelt. Eine solche Behandlung Arbeitern gegenüber ist wohl nur einem Werkführer zuzutrauen, der sich nichts Gutem bewußt ist. Wenn Herr Bremer vielleicht im Stillen gehofft hatte, die Kollegen durch seine Vorliebe für Gendarmerie zu unüberlegten Handlungen hinzureißen, so hatte er seine Rechnung ohne die gute Disziplin der Kollegen gemacht; es ging ohne den geringsten Zwischenfall ab, und ist die Stadt Langensalza noch einmal davon verschont geblieben, der Schauplatz eines Landfriedensbruchs zu sein. Charakteristisch ist auch folgender Fall: Ein ausländischer Kollege war mit dem Werkführer in Lohnstreitigkeiten geraten, und als er sein Recht verlangte, wurde ihm zur Antwort: „Sie Ausländer, haben hier gar nichts zu sagen.“ Trotzdem aber ist Herr Bremer unausgesehrt bemüht, Ausländer heranzuziehen, welche dann so lange gut sind, wie sie sich willig ausbeuten lassen; sobald sie aber ihr Recht verlangen, sollen sie nichts zu sagen haben. Wenn nun die Firma glaubt, durch die Entlassung der Leute die Lohnbewegung erledigt zu haben, so wird sie bald eines andern belehrt werden.

**Lindensfeld.** Gegenwärtig hält sich der christlichsoziale Agitator Rippel aus Hagen in der Nachbarschaft auf und sucht bei den Bauern Freunde zu gewinnen, da er bei den Arbeitern schlechte Geschäfte gemacht hat. So war er am 27. Februar in der Nachbargemeinde Schlierbach und hielt eine Versammlung ab, in der die ausgesperrten Arbeiter der Firma Kreuzer u. Wöhlinger in großer Anzahl vertreten waren. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Beigeordneten spricht Herr Rippel in der bekannten schnobdrigen Weise über den Zweck seiner Partei, wobei es natürlich hagelbicht über die Sozialdemokratie hergeht. Von der Aussperrung bei der Firma R. u. B. kein Wort, obgleich jedermann gespannt ist, was davon kommen würde. Seit zwölf Wochen tobt der Kampf mit dieser Firma. Herr Rippel hört und sieht von alledem nichts. Der Firma zu nahe treten, das ist doch nicht sein Prinzip. Rippel vertritt doch nur Unternehmerinteressen. Kollege Dippel erbat sich das Wort. Herr Rippel war so freundlich und wollte die Redezeit auf eine Viertelstunde besetzen. Natürlich protestierten die Kollegen gegen diese Zumutung und so blieb Herrn Rippel nichts anderes übrig, als den Dingen ihren Lauf zu lassen. Dippel widerlegte ihm nun haarfleisch seine verlogenen Ausführungen, so daß selbst die anwesenden Bauern und Handwerker ihm Beifall zollten. Herr Rippel gab zu, daß das Koalitionsrecht gesetzlich erlaubt ist und jedem freistehe, es auszuüben. Auf die Frage eines Kollegen, warum er dann seinerzeit in Lindensfeld die bekannte Resolution faßen ließ, war er natürlich stumm, er hatte keine Worte darüber. Die Anwesenden lachten ihn wegen seiner blottierenden Haltung aus. Bei den weiteren Reden des Herrn Rippel fielen dann die Zwischenrufe so hagelbicht, daß er sich nicht anders helfen konnte, als die Versammlung zu schließen; denn von einem Manne wie Rippel läßt sich die organisierte Arbeiterschaft nicht so hämisch beschimpfen. Die Luft wird ihm nun wohl bald vergangen sein, im Trüben zu fischen, zumal wenn es ihm geht wie in Schlierbach und seinerzeit in Reichenbach, denn von Erfolg kann da keine Rede sein.

**Lütchenbach in Baden.** Am 25. Februar sollte in Malsburg eine Versammlung der Zahlstelle Lütchenbach stattfinden. Dieselbe war jedoch so schwach besucht, daß nur eine Besprechung über weitere zu ergreifende Maßnahmen stattfinden konnte. Die Kollegen, Deutsche wie Italiener, waren wohl geneigt, dem Verbande beizutreten, jedoch einer fürchtete, der andre würde ihn beim Kolter denunzieren. Die Aktiengesellschaft Süddeutsche Granitwerke ist hier allein dominierend. Die Zustände sind traurig, denn nur monatliche Lohnzahlung findet statt. Vor etlichen Wochen wurde hier eine Zahlstelle ins Leben gerufen und es war Aussicht vorhanden, daß dieselbe in kurzer Zeit gut florieren würde, da in den zwei hiesigen Brüchen weit über 100 Berufskollegen beschäftigt sind. Allein der Mensch denkt und der Kolter der Firma, Herr Johann Rütch, lenkt. Der Vorsitzende der Zahlstelle, Kollege Stucci, wurde entlassen und mit den andern Verbandsführern wurden alle möglichen Schikanierungen vorgenommen, um ihnen das Leben in diesem Eldorado vollständig zum Elend zu machen. Wenn Herr Rütch vielleicht glaubt, die Organisation hinwegfegen zu können, möchte er sich vielleicht doch täuschen; daran haben sich schon Gewaltigere die Zähne ausgebissen. Die Zukunft wird lehren, ob sich die Arbeiter alles gefallen lassen, und wenn die Erkenntnis der Stärke bei einigem Vorgehen den dort Beschäftigten aufdämmert, wird sich viel ändern und manches der Vergangenheit dann angehören. Daß

## Aus Geschichte und Praxis der Gewerkschaften.

I.  
Ueber dieses Thema findet gegenwärtig im Bildungsausschuss des Gewerkschaftsrats zu Bremen ein Vortragszyklus statt. Da derselbe für jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von großer Wichtigkeit ist, so wollen wir unsern Kollegen einen kurzen Bericht über die einzelnen Vorträge nicht vorenthalten. Ehe wir den Bericht folgen lassen, wollen wir kurz den Zweck des Bildungsausschusses darlegen.  
Vor etwa einem Jahr hat die bremische Arbeiterschaft die ohnehin lockeren Bande zum Goethebund vollständig gelöst. Aus diesem Grunde hat sie dann im vorigen Frühjahr den Bildungsausschuss des Gewerkschaftsrats gegründet.  
Dieselbe hat den Zweck: das Wissens- und Kunstbedürfnis der Arbeiter durch geeignete Maßnahmen zu befriedigen und dem Wissensdrange derselben durch Veranstaltung von Vortragsabenden, von Vortragszyklen, von Unterrichtskursen, durch Anregung des Lesebedürfnisses, durch Vermittlung geeigneter Literatur, durch Exkursionen und auf sonstige passende Weise entgegenzukommen.  
Im Interesse des ästhetischen Bedürfnisses der Arbeiter sind Theateraufführungen, Konzerte, Dichtertage, Wanderausstellungen durch Gemäldegalerien, eigene Ausstellungen zu veranstalten, der Erwerb künstlerischer Gegenstände zu vermitteln und entsprechende sonstige Maßnahmen zu treffen.  
Der Bildungsausschuss hat nun seine Aufgabe in dankenswerter Weise zu erfüllen gesucht, und es wäre sehr zu wünschen, wenn auch die Arbeiter anderer Orte dem Beispiele der bremischen Arbeiterschaft, ihren Verhältnissen entsprechend, folgen würden. Doch nun zum Thema:  
Genosse Redakteur Stauffer-Bremen, der die vorhergehenden 6 Vorträge übernommen hat, führte in seinem ersten Vortrage am 19. Februar über Meister und Geselle in früherer Zeit etwa folgendes aus:  
Wir haben unser Thema deshalb Aus Geschichte und Praxis der Gewerkschaften benannt, weil es unmöglich ist, die Geschichte und Praxis einer Bewegung, die heute unser gesamtes öffentliches Leben beeinflußt, in sechs Vorträgen erschöpfend zu behandeln. Dazu kommt noch, daß besonders das Material über die geschichtliche Seite der deutschen Gewerkschaftsbewegung noch nicht gesammelt vorliegt, da es zerstreut in gewerkschaftlichen Publikationen, Gelegenheits- und Feuilletons, die bei besonderen Anlässen entstanden sind, umherliegt. Wir haben uns deshalb darauf beschränkt, einige, uns besonders wichtig scheinende Fragen heraufzugreifen, um sie in abgeschlossenen Vorträgen zu behandeln. Dadurch wird natürlich manche Frage, die dem einen oder dem andern der Zuhörer gleichfalls wichtig erscheint, nur oberflächlich berührt werden. Bei dem heutigen Thema soll weniger Gewicht auf die Geschichte der mittelalterlichen Gesellenorganisationen gelegt werden — da demnächst

diese Frage von berufenerer Seite in Bremen behandelt werden wird — sondern es soll mehr das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Meister und Gesellen dargelegt werden.  
Das mittelalterliche Handwerk kennt zwei Perioden. In der ersten Periode hat sich eine strenge Scheidung zwischen Meister und Gesellen bemerkbar gemacht. Der Gesellenstand ist zu jener Zeit ein zeitlich begrenzter Abschnitt, ein Uebergangsstadium im Leben des einzelnen. Wie jeder Lehrling Geselle wurde, so wurde jeder Geselle noch Meister. Der Meister sah in dem Gesellen nicht den Knecht, den ewig Untertänigen, sondern den späteren Meister, der die gleichen Rechte erhielt, die der Meister bereits besaß.  
Dieser patriarchalische Zustand wurde geändert, als das Gewerbe wesentliche Fortschritte annahm. Es scheidet sich Meister und Gesellen und es entsteht ein Gesellenstand mit eigenen Interessen. Die Meisterlöhne erlangen ein Vorrrecht nach dem andern, das sozialpolitische Meisterstück und der Wanderzwang wurde eingeführt, um die Meister vor dem Andrang der Gesellen zu schützen. Immer mehr verloren die Gesellen die Möglichkeit, selbständig zu werden. Die Privilegienwirtschaft greift in unerhörtem Maße Platz, die Meister benutzen ihren Einfluß in den Stadtgemeinden zur Rechtslosmachung der Gesellen. Ganze Bevölkerungsgruppen verloren den Zutritt zum Handwerk. Die Zünfte setzten die Anzahl der Betriebe und der Gesellen, die der einzelne Meister beschäftigen durfte, fest.  
Durch diese Umwandlungen wurde auch das Verhältnis zwischen Meister und Gesellen von Grund auf umgestaltet. Die Gesellenverbände entstanden und es kam zu vielen Kämpfen zwischen den Meistern und Gesellen. Das Verhältnis zwischen Meister und Geselle in den mittelalterlichen Städten war nicht so gegenständig, wie wir es heute zwischen dem Fabrikanten und dem Fabrikarbeiter sehen. Die Lebenshaltung des Meisters wich von der des Gesellen nur unwesentlich ab. Der Meister mußte das Handwerk kennen, er arbeitete ferner mit. Der Geselle wohnte beim Meister, man aß zusammen. Die schroffen Gegensätze konnten sich deshalb nicht in dem Maße entwickeln, wie dies heute zwischen dem Besitzer der Produktionsmittel und dem Lohnarbeiter der Fall ist. Es führte aber doch zu scharfen Kämpfen. Vor allem war es die Verkürzung der Arbeitszeit, um die sehr heiß und erbittert gestritten wurde. Die Gesellen kämpften nicht, wie heute die modernen Organisationen, um eine tägliche Arbeitszeitverkürzung, sie kämpften um einen ganzen Tag, um den blauen Montag. Geregelt, fest bestimmte Arbeitszeit gab es nicht. Legte der Meister abends sein Handwerkzeug weg, dann war auch Feierabend für den Gesellen. Es gab Gesetze, die dem Gesellen verboten, an den Wochentagen sich abends nach neun in Wirtschaftshäusern und auf öffentlichen Plätzen und Straßen aufzuhalten. Da konnte ihm, der beim Meister wohnte, eine tägliche Verkürzung der Arbeitszeit nichts nützen, darum der Kampf um den blauen Montag. Sonst währte die Arbeitszeit bis zu 16 Stunden, wobei aber beachtet werden muß, daß die Arbeit des mittelalterlichen Gesellen lange nicht so intensiv, körper- und geistigschädigend war wie die

des modernen Fabrikproletariats. Gegen das Blaumontagsmachen wurden vergebens Gesetze erlassen und hohe Strafen angedroht, die Gesellen hielten an ihm fest. Selbst die Meister huldigten dem blauen Montag. Den Lohn des Gesellen versuchten die Meister, so lange es ging, selbst festzusetzen. So genannte Meisterstage setzten oft die Lohnhöhe der Jahrzehnte hinaus fest. So im Jahre 1457 der Meisterstag der rheinischen Schneider in Köln auf 28 Jahre. Der Lohn war nämlich, nach unsern Verhältnissen berechnet, gering, aber auch die Lebensmittel und alle andern Bedarfsartikel waren in damaliger Zeit sehr billig.  
Bei Streiks im Mittelalter war es für die Meister schwer, Ersatz zu finden, da die Verkehrsverhältnisse sehr mangelhaft waren. Die Gesellen hatten den Arbeitsnachweis in den Händen. Die Zugewanderten mußten auf den Herbergen der Gesellen vorsprechen und erhielten natürlich sofort Kunde von dem Streik. Die wandernden Gesellen waren die besten Vorkämpfer, die durch die Uebermittlung des Streikausbruchs die betreffende Stadt oder das Gewerbe boykottierten. Es war immer ein Kampf aller Gesellen des ganzen Landes gegen die Meister einer bestimmten Stadt oder eines bestimmten Gewerbes. Den Meistern war es sehr unangenehm, daß die Gesellen auf diese Weise die Arbeitsvermittlung zu ihren Guntzen ausnutzten. Es wurde ein Feldzug gegen die Schenken unternommen und ein Reichsdekret erteilt. Einige Städte kümmernten sich nicht um das Dekret, die Gesellen noch weniger. Die andern Städte, die den Gesellen die Schenken entzogen hatten, mußten auch bald nachgeben, da sie von den Gesellen boykottiert wurden. So waren die Gesellenverbände im Mittelalter eine einflussreiche Macht.  
Mit dem Zerfall des Handwerks ging es auch mit der ehemals so lebendigen Gesellenbewegung bergab. Da trat nach und nach ein Zustand ein, der im Vergleich mit dem Gesellenstande auf. Die Gesellen wachten eiferfüchtig über ihr Handwerk. Nur gelernter Arbeiter, die den Gesellenfreibrief hatten, sollten zugelassen werden. Diese gegenseitige Isolierung hinderte auch das Solidaritätsgefühl der Gesellen im hohen Maße. Man hielt an den alten Formen fest und glaubte dadurch die alten Zustände wieder herstellen zu können. So verkümmerte das Gesellenwesen immer mehr. Wie gleichsam aus den letzten Funken eines erlöschenden Feuers ein Sturmwind noch einen Brand entwickeln kann, so sind in einigen Städten aus den letzten Resten der Gesellenorganisationen durch die moderne Entwicklung die modernen Arbeiterorganisationen entstanden. In verschiedenen modernen Verbänden finden sich noch die Fahnen, Trüben und sonstigen Insignien der alten Gesellenverbände.  
Die Entwicklung dieser modernen Organisation zu schildern, wird Aufgabe des nächsten Vortrags sein.  
Eine kurze interessante Debatte, in der besonders auf zünftlerische Reste und neuzünftlerische Anwendungen in modernen Gewerkschaften hingewiesen wurde, schloß sich dem Referat, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, an.

dies baldigst geschieht, wird eine der Aufgaben des Deutschen Steinarbeiterverbandes sein und derselbe wird seine Mission erfüllen und alles aufbieten, um den Kollegen die Augen zu öffnen.  
J. D.

**Meißen II.** Am 11. Februar fand im Gasthof zu Kießhüh eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, zu der Kollege Seidel-Dresden das Referat übernommen hatte. Dieser legte in leicht fasslicher Weise den Kollegen klar, wie notwendig es sei, in die Organisation einzutreten. Er beleuchtete die Entwicklung des Steinarbeiterverbandes. Daß andre Gewerkschaften bedeutend bessere Fortschritte machten, liege lediglich nur an der beschränkten Agitation. Weiter detailliert er die ganzen Unterstützungs-Einrichtungen. Die Versammlung war voll und ganz einverstanden mit der Einführung einer Krankenunterstützung. Ferner forderte er alle Kollegen auf, fest mit zu agitieren, denn in untrer Zahlstelle Meißen II kommen ca. 300 Steinarbeiter in Frage, wovon nur 140 dem Verbands angehören. Das Referat wurde mit stürmischer Beifall aufgenommen.

**Posen.** Am 18. Februar fand wieder einmal seit langer Zeit im Restaurant Sommer eine öffentliche Versammlung der Steinmeßen Posens statt. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Franz Duple, als Schriftführer und zweiter Revisor Kollege C. Siegl gewählt. Nachdem Kollege Joh. Quebenfeld als Delegierter der Gauskonferenz Stettin seinen Bericht erstattet hatte, wurde zur Wahl eines Delegierten zum Verbands-tage geschritten, aus welcher einstimmig Kollege Wolf-Brandenburg hervorging. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die vorgezeichnete Krankenunterstützung vorläufig zu unterlassen, dagegen die Reise- und Maßregelungsunterstützung besser auszubauen. Zum letzten Punkte der Tagesordnung wurden noch verschiedene örtliche Angelegenheiten besprochen und die uns noch fernstehenden ermahnt, sich unseren Reihen mit anzuschließen.

**Speier.** Am 21. Februar fand unsere gutbesuchte Mitgliederversammlung im Lokal zum römischen Kaiser statt. Folgende Forderungen wurden von den Meistern anerkannt:

1. Vollständige Abschaffung der Akkordarbeit und Einführung der allgemeinen Tagelohnarbeit mit einem Minimallohn von 60 Pfg. pro Stunde. Unterakord darf nicht stattfinden.
2. Ueberstunden dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden und sind mit 25 Prozent Zuschlag zu bezahlen. Als Ueberstunden gilt die Arbeitszeit von 6-8 Uhr abends; Nacharbeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ist mit 50 Prozent Zuschlag zu bezahlen.
3. Aus der Lehre gekommene Steinmeßen unterstehen der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und der Lohnkommission des Werkplatzes.
4. Die Arbeitszeit ist eine 9stündige; sie dauert vom 1. April bis 31. Oktober von morgens 1/2 Uhr bis 12 Uhr mit 1/2stündiger Frühstückspause und von 1/2 Uhr bis 6 Uhr mit 1/2stündiger Vesperpause.
5. Sollten Arbeiter außerhalb Speier auf Nacharbeit kommen und nicht in der Lage sein, tagsüber nach Hause zu gehen, so ist ihnen 1 Mk. pro Tag und freie Fahrt extra zu vergüten.
6. Die Kosten des Werkzeugschärfens übernehmen die Arbeitgeber.
7. Die Lohnzahlung ist eine wöchentliche und muß jeder Steinhauer am Sonnabend vor Schluß der Arbeitszeit im Besitze seines Geldes sein.
8. An den drei Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist eine Stunde früher Feierabend bei voller Bezahlung.
9. Die Arbeit kann im Verhinderungsfalle zu jeder halben und vollen Stunde aufgenommen werden.
10. Zur Regelung von Streitigkeiten auf den Werkplätzen ist die Klage-Kommission zuzuziehen; bei größeren Differenzen ist jeweils die örtliche Zahlstellenverwaltung in Kenntnis zu setzen.
11. Kündigung findet beiderseits nicht statt.
12. Vorstehender Arbeitsvertrag tritt am 1. März 1906 in Kraft, ist auf 1 Jahr gültig und läuft weiter, wenn derselbe am 1. Januar 1907 von keiner Seite gekündigt wird. Es ist ja kein so großer Fortschritt, aber wir können zufrieden sein. Der eine wird stets unterliegen, wird nutzlos kämpfend untergehen, jedoch wir alle können siegen, wenn wir vereint zusammen stehen.

**14. Gau (Würzburg).**

Vom 29. Januar bis 1. März 1906 gingen bei Unterzeichneten folgende Beiträge ein:  
Gausteuer für das 4. Quartal 1905: Hartershöfen 6 Mk., Bamberg 1.50 Mk., Laufamholz 7.36 Mk., Wertheim 3.85 Mk., Würzburg 4.62 Mk., Reil 5.18 Mk., Seckmann 1.88 Mk., Berg-Notthensels 1.93 Mk., Gieselstadt 2 Mk., Trennfurt 1.98 Mk., Klein-Deubach 1.48 Mk., Dorfproleten 2.48 Mk.  
Freiwillige Beiträge: Heidingsfeld 3 Mk., Kirchheim 10 Mk.  
Die Zahlstellen Amorbach, Achaffenburg, Erbach, Gerolshofen, Gohmannsdorf, Heigenbrücken, Kitzberg und Münnertstadt sind mit der Gausteuer für das 4. Quartal 1905 noch im Rückstande und werden hiermit gebeten, für jede in diesem Quartal verkaufte Beitragsmarke 1 Pfg. abzuliefern.  
Johann Mittenmeier, Gauleiter.

**Rundschau.**

**Der Bauarbeiterschutz auf die lange Bank geschoben.** Der Bauarbeiterschutz, so dringend notwendig er ist, bleibt ungerichtet, weil weder die Reichsregierungen noch die Regierungen der Einzelstaaten ihn ernstlich wollen. Kürzlich haben in Dortmund sich wegen der Bezahlung einiger Ausgaben zum Zweck des Bauarbeiterschutzes der Staat und die Stadt herumgestritten. Jetzt liegt wieder ein Fall vor, daß der Einzelstaat für seine Untätigkeit vorgeschützt, es handle sich um eine Reichssache. Bei Beratung der der ersten Kommission des Landesauschusses von Elßaß-Lothringen überwiegen die Position des Staats der Verwaltung des Innern wurde auf Anfrage eines Mitgliedes, welche Maßregeln die Landesverwaltung zur Herbeiführung eines besseren Schutzes der Bauarbeiter zu ergreifen beabsichtigen und ob nicht eine landesgesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes getroffen werden könne, von der Regierung erwidert, daß zunächst der Erfolg der vom Reich in Aussicht gestellten Schritte abgewartet werden müsse. Die Elßaß-Lothringische Regierung hat aber keinen Schritt getan, um das Reich für einen Bauarbeiterschutz in Bewegung zu setzen. Der dem Reichstag von der sozialdemokratischen Fraktion schon in der verfloffenen Reichstags-sitzung vorgelegte Gesetzesentwurf zeigt, daß ein Bauarbeiterschutz leicht reichsgesetzlich einzuführen ist, wenn man nur will.

**Uriasbriefe gegen organisierte Arbeiter** sind jüngst wieder von dem berühmten Geheimsekretariat des Vereins deutscher Arbeitgeber-Verbände verfaßt worden, um Arbeiter, die mit dem Unternehmertum in Differenzen geraten sind, nach allen Regeln deutscher Scharfmacherkunst zu verfermen. Es handelt sich um die Arbeiter von 5 Firmen, die — wie immer auf Antrag des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller — in den wirtschaftlichen Vann gefan werden, und zwar sind dies 33 Formner, 6 Kernmacher, 3 Gußpücker, 1 Schlosser und 2 Hilfsarbeiter von der Firma Gebr. Pfeiffer in Kaisers-

lautern, 18 Kupferschmiede der Firma Ulrich u. Sinrichs A.-G. in Ratingen bei Düsseldorf und 10 Formner der Eisengießerei W. Thöing in Ronsdorf. Von letzteren soll ein Teil „in völlig unberechtigter Weise“ gekündigt haben; einem anderen Teil ist dagegen gekündigt worden, ob auch in völlig unberechtigter Weise, wird allerdings verschwiegen. Ferner weist der Verein deutscher Arbeitgeberverbände seine Mitglieder per Rundschreiben an, alle von der Eisengießerei „Onom“ in Leer (Ostfriesland) sowie von der Firma Julius Meyer u. Co. in Norden kommenden Formner, Schlosser, Schleifer, Vernickler, Emaillierer und Hilfsarbeiter „bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen“, weil ein Teil derselben gekündigt hat und am 17. resp. 19. Februar „in einen unberechtigten Zustand getreten“ ist.

Das koalitierte Unternehmertum setzt also sein gemeingefährliches und gesetzwidriges Treiben gegen die Arbeiter fort.

Freilich hat sich der Scharfmacherverband dazu bequemen müssen, die von ihm über die Arbeiter der Firma Wandlos u. Co. in Magdeburg sowie über „die infolge der Wahlrechtsdemonstrationen in Hamburg von der Arbeitsstätte weggebliebenen Arbeiter“ verhängte Sperre wieder aufzuheben, angeblich deshalb, weil die Arbeit dort wieder aufgenommen worden ist. Vielleicht ist die Aufhebung der Sperre auch erfolgt, weil die Kühnmänner infolge der Veröffentlichung ihrer Verfernungspraktiken einer neuen Anzahl Schadenersatzklagen von gemäßigten Arbeitern rechtzeitig aus dem Wege gehen wollten.

**Zur Frage der Meiseier** nahm in seiner letzten Sitzung das Hamburger Gewerkschaftskartell, dem nunmehr sämtliche Mitgliedschaften der Zentralverbände angehören, Stellung. Im Namen der Kartellkommission führte Genosse Henje u. a. aus, er dürfe wohl, ohne Widerspruch zu begegnen, der Meinung Ausdruck verleihen, daß die übergroße Mehrheit der Delegierten des Hamburg-Altonaer Gewerkschaftskartells sowie der Gewerkschaftsvorstände auf dem Boden der auf dem Jenaer Parteitage entwickelten Anschauungen stünde, die wesentlich abweichend von der Behandlung der Meiseierfrage auf dem Kölner Gewerkschaftskongress, wie auch die Gewerkschaftsmitglieder in ihrer großen Majorität wesentlich anderer Meinung seien, als die Mehrheit der Delegierten zum Kölner Kongress. (Sebhafte Zustimmung.) Nur ein Redner der von über 200 Personen besuchten Zusammenkunft verteidigte die Stellungnahme des Kölner Kongresses. — Wie in den Vorjahren, wird auch in diesem Jahre ein großer Demonstrationstag am 1. Mai stattfinden. Die endgültige Beschlusfassung in dieser Frage steht der kombinierten Mitgliederversammlung der Parteivereine zu.

**ck. Ein neues Blatt im christlichen „Ruhmeskränz“.** Die freigewerkschaftlich organisierten Maler und Anstreicher in Offen sind in eine Bewegung eingetreten zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Sie streben den Abschluß eines Tarifs an, der ihnen vom 1. April dieses Jahres folgendes garantiert: Zehnstündige Arbeitszeit und 52 Pfg. Stundenlohn; nach einjähriger Geltung des Tarifs 54 Pfg. Stundenlohn. Nun besteht aber in Offen auch eine christliche Organisation der Maler und Anstreicher — ganze 30 Mann stark. Hinterlistig wie die „christliche“ Sippe nun einmal ist, verführten diese „Brüder“, nach berühmten Mustern, die Bewegung der Freigewerkschaften zu hintertreiben. Sie haben deshalb, ohne nur irgendwie mit den Freigewerkschaften Fühlung zu nehmen, selbst einen Tarif eingereicht, aber einen fast — reduzierten. Der Tarif der „Christen“ verlangt nämlich für Gehilfen im ersten Jahr 43 Pfg. Stundenlohn; für die Betreffenden länger als ein Jahr Gehilfe, aber noch keine 20 Jahre alt, 47 Pfg. Stundenlohn; für ältere Gehilfen sind 50 Pfg. Stundenlohn zu zahlen, welcher Satz nach Jahresfrist um 2 Pfg. erhöht werden soll. Der schamloseste Arbeiterverrat liegt hier klar zutage. Offenbar befolgen die Christenmenschen die Taktik, daß sie auf Anerkennung ihres reduzierten Tarifs rechnen, um dann den Freigewerkschaften als Streikbrechergebilde gegenüber zu treten. Glücklicherweise liegen in Offen die Verhältnisse aber so, daß die „braven Christenmenschen“ mit ihren famosen Absichten nämlich Schiffbruch erleiden werden.

**Literarisches.**

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 23. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: *Algeriras*. — Der amerikanische Arbeiter. Von R. Kautsky. (Fortsetzung.) — Reumier als Prophet der Arbeiter. Von -g. — Die österreichische Wahlreform. Von Dr. Fritz Winter. — Einige Dokumente aus der letzten revolutionären Bewegung. Von P. Kleinberg. — Literarisches Rundschau.

Der Wahre Jacob hat soeben die 5. Nummer seines 22. Jahrgangs erscheinen lassen.

*Religion und Sozialismus.* Ein Vortrag. Von Dr. Anton Pannekoek. Bremen. Verlag: Bildungsausschuß des Gewerkschaftskartells. (Kommissionsverlag: Buchhandlung der Bremer Bürgerzeitung.) 32 Seiten. Preis 30 Pfg.

**Adressen-Änderungen.**

(Bei der Einsendung von Adressenänderungen müssen wir dringend um deutliche Schrift bitten.)  
**Fürkel.** Kassierer: Herm. Dietrichmeier, Bevergern i. Westf.  
**Hannheim.** Gauleiter: Ignaz Kraft, S. 4. 1.  
**München.** Gauleiter: Joseph Link, Daiferstraße 2, II. — Vorsitzender: Joh. Straubinger, Leonrodstraße 49/0.  
**Emmendingen.** Die Zahlstelle Segau-Lörrch ist nach Emmendingen verlegt worden.  
**Kirchenlamig.** (Neue Zahlstelle im 15. Gau.) Vorsitzender: Fritz Müller, Königsstraße 170. Kassierer: Johann Wunschel.  
**Wildemann.** (Neue Zahlstelle im 6. Gau.) Vorsitzender: Karl Fickert, Zellerfeld, Goslarer Straße 431. Kassierer: Georg Rosentat, Zellerfeld, Goslarer Straße 431.  
**Frankenstein i. d. Pfalz.** (Neue Zahlstelle im 10. Gau.) Vorsitzender: Phil. Baumann. Kassierer: Jakob Kupperecht.  
**Rebra.** Vorsitzender: Wilhelm Georgi, Lange Straße 54. Kassierer: Friedrich Hahn, Feldstraße 2.

**Quittung.**

Eingegangene Gelder vom 26. Februar bis mit 3. März 1906. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbkissen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)  
Birna (Regel), Ins. 4.60; Mittelweiba, B. 1.68. — D. 5. —; Meißen II, B. 140. —; Magdeburg, B. 79.20; Wirsberg, B. 42. —; E. 3.59; Heide, B. 1.60, E. 0.50, D. 0.25, Z. 0.50; Vornburg, B. 2.25; Springe, B. 84. —; Oberipar, B. 0.80; Eßbejun, B. 57. —; E. 1.50, D. 1.25, Z. 1. —; H. 2. —, St. 1.50, F. 0.50; Alfenz, B. 80.96, E. 4.50, D. 1.75, Z. 9. —; Bunzlau, B. 283.60, E. 7.50; Marktbreit, B. 68.36, E. 1.50, D. 4. —; Z. 2. —; Neundorf II, Z. 5. —; Striegau, B. 656. —; E. 22.50, D. 0.75, Z. 7. —, St. 0.75, F. 0.50; Würzburg, B. 38.08, E. 7.50, Ers. 0.50, D. 2. —, Z. 1. —; Giersleben, B. 2.80; Osnabrück, B. 64. —; Laufamholz, B. 72. —;

D. 1.25; Kirchenlamig, B. 18.72, E. 39. —; Steiersfelden, B. 96. —; Anklam, B. 2.90; Xanten, B. 3.20; Dobrilugk, B. 1.60, E. 0.50; Oppach, B. 1.68. —, E. 31.50, Ers. 0.25, D. 3. —, Z. 19. —; Ströbel, Streifunterstützung durch Sammellisten 16.70, bei einer Hochzeit 2.20; Wenig-Madwig, B. 279.86, E. 6. —, D. 0.25; Nieder-mendig, B. 2.40, Reinheim, B. 64. —; Seuffen, 280. —; Marien-burg, B. 4. —; Donaueichingen, B. 2.70; Cramwinkel, B. 32. —; Kelpzig II, B. 64. —; Langelsheim, B. 56.28, E. 2. —, D. 1. —, Z. 10. —, St. 0.75.

Ludwig Geist, Kassierer.

**Briefkasten.**

**Böbau.** Gewiß, sogar sehr wünschenswert; muß aber sofort geschehen. — **Kirnbach.** Ja, einfinden. Besten Gruß. — **Bremen.** Kann leider wegen Raummangel nicht veröffentlicht werden.

**Anzeigen.**

**Sobelbandstahl in vorzüglichster Qualität**  
**Garte Steinbauerbleistifte**

echt Rehbachsches Fabrikat  
**Steinhauerbesen mit und ohne Griff, aus bestem Material**  
empfehlen zu billigsten Preisen  
**Max Muster, Eisenhandlung**  
Chemnitz i. S., Bernsdorfer Str. 32.



**Albert Baumann**  
**Aue (Erzgeb.)**  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz - Geschirre**  
versende gratis!

**Blutstockung?**

Kaufen Sie eine Schachtel **Menstruationspulver „Geisha“** (D. R. G. M. ang.). Bestand: Japan edl. Romen pulv. und sterilis. Nur echt in verschlossenen Schachteln. Gegen Einfindung von 3 Mk. franko.  
**Ernst Walter, Inh.: W. Dressler, Halle a. S., A. 21.**



Die Kollegen **Emil Merseburger** aus Leipzig, **Otto Böhler** aus Göthen und **Richard Bennewitzer** aus Bayreuth werden ersucht, ihre Adresse an den Kassierer **Ernst Zachow, Suedl, Lützowstraße 19a**, zu senden.  
1.50] **Hugo Rehnert, Steinmetz.**

Am 22. Februar starb unser Kollege  
**Joh. Tröster**  
im Alter von 48 Jahren an der Lungenkrebbsucht.  
Ehre seinem Andenken!  
1.35] **Zahlstelle Berlin I.**

Am 25. Februar starb nach längerem schweren Leiden unser Kollege, der Steinmetz  
**Ernst Reichhart**  
im Alter von 26 Jahren an der Berufskrankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
1.50] **Zahlstelle Zeit.**

Am 26. Februar starb nach 11wöchiger Krankheit im Krankenhaus zu Goslar unser Kollege  
**Wilhelm Timmermann**  
im Alter von 27 Jahren an der Berufskrankheit.  
Durch zu spätes Erfahren konnten wir nicht in der üblichen Weise am Begräbnis teilnehmen.  
Leicht sei ihm die Erde!  
1.80] **Zahlstelle Langelsheim.**

Am 28. Februar verschied nach zweijährigem Leiden unser treuer Kollege  
**Adolf Bachmann**  
im Alter von 26 Jahren an der Berufskrankheit.  
Ein ehrenbes Andenken bewahren ihm  
1.50] **Die Kollegen der Zahlstelle Heigenbrücken.**

Am 28. Februar starb unser Kollege  
**Wilhelm Lauter**  
nach 2 1/2-jähriger Krankheit an Asthma.  
Ehre seinem Andenken!  
1.35] **Zahlstelle Hamburg II.**

Am 1. März starb unser Kollege  
**Friedrich Karl Ketschau**  
im Alter von 57 Jahren an der Berufskrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!  
1.35] **Zahlstelle Dresden.**

Verantwortlicher Redakteur: **A. Staudinger, Leipzig.**  
Verlag von **Paul Starke** in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktien-gesellschaft.